

Brücken zur Türkei nicht abreißen

Bundestagsabgeordneter Grundl warnt nach Wahl vor Trotzhandlungen

Von Theresa Schmid

Istanbul/Berlin. „Die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei ist im Eimer“, sagt der Straubinger Bundestagsabgeordnete Erhard Grundl (Grüne) im Gespräch mit unserer Redaktion. Der Eindruck verschärfte sich bei seinem Istanbul-Besuch diese Woche. Es sei jedoch töricht, alle Beziehungen zu kappen, weil Recep Tayyip Erdogan nun weitere fünf Jahre im Amt ist. Damit kritisiert Grundl die Aussage Manfred Webers (CSU), alle Pläne zum EU-Beitritt der Türkei zu beenden.

Als Beiratsmitglied einer Kulturakademie tauschte sich Grundl unter anderem mit dortigen Stipendiaten aus sowie mit der Türkischen Journalistenvereinigung. „Die Stimmung ist sehr gedrückt. Viele Menschen haben gehofft, dass sich

nun nach 20 Jahren endlich etwas ändert.“ Grundl selbst habe angesichts der hohen Inflation und der Erdbebenkatastrophe nicht einmal damit gerechnet, dass Erdogan es überhaupt in die Stichwahl schafft.

Von seinen Gesprächspartnern erfuhr er, dass viele Türken dennoch glauben, dass Erdogan alle aufgestauten Probleme lösen kann – anders als sein Konkurrent Kemal Kılıçdaroglu, der bis dahin nie in Erscheinung getreten sei. „Die Propaganda geht nur in eine Richtung und die heißt Erdogan.“ Dadurch fühlten sich die Menschen, aber besonders Künstler und Journalisten, die Kritik äußern, eingeschüchtert.

Trotzdem warnt Grundl ausdrücklich davor, aus Trotz alle Brücken zur Türkei abzureißen. „Der Beitritt der Türkei zur EU liegt aktuell auf Eis und das ist ganz richtig

so.“ Es könne kein Land zur EU beitreten, das Freiheits- und Menschenrechte so sehr einschränkt wie Erdogans Politik. Und es sieht nach Grundls Ansicht nicht so aus, als ob der Staats- und Regierungschef seinen Kurs in Bezug auf die Wirtschaft ändern werde. Davor dürften Deutschland und auch die Region die Augen nicht verschließen.

„Einfluss der Imame aus dem Ausland verringern“

Auch die Gegenstimmen bei dieser Präsidentschaftswahl seien sehr wichtig, meint Grundl. „Das Ziel ist, diese 48 Prozent zu stärken.“ Jetzt gehe es darum, zu analysieren, warum das Ergebnis so ausfiel.

Selbst Politiker in Bayern müssten sich dazu offen mit Vertretern der Moscheen austauschen, um extremen Nationalismus zu identifizieren. Grundl ist zudem der Meinung, dass der Einfluss der Imame aus dem Ausland auf die islamischen Gemeinden in Deutschland verringert werden muss. „Erdogans Wahlerfolg zeigt auch, dass es mehr denn je darum geht, dass die Deutschen mit muslimischem Glauben bei uns heimisch werden. Dafür braucht es Imame, die in Deutschland sozialisiert sind und die eben nicht von der türkischen Regierung abhängig sind“, fordert der Politiker. In Hinblick auf die Sommerferien äußerte Grundl, dass Urlauber nicht aufhören sollten, in die Türkei zu reisen, sich aber „schon bewusstmachen sollten, dass sie in ein gespaltenes Land reisen“.



Der Bundestagsabgeordnete Erhard Grundl (l.) spricht mit dem Präsidenten der Türkischen Journalistenvereinigung, Turgay Olcayto, und seiner Generalsekretärin Sibel Günes über Pressefreiheit.

Foto: Büro Grundl